

**Peter Wahl**

## **Ergänzende Stellungnahme des Hauptpetenten aus Anlass der Öffentlichen Anhörung der Petition "Einführung einer Finanztransaktionssteuer" im Deutschen Bundestag, 7.2.2011**

Inzwischen sind alle ernst zu nehmenden Einwände gegen die Finanztransaktionssteuer (FTT) ausgeräumt:

1. Die technische **Machbarkeit** über die elektronischen Plattformen des Zahlungsausgleichs (wie *TARGET* und *Continuous Settlement Link Bank*) ist auch in der Studie des IWF, die im Auftrag der G20 vorgelegt wurde, anerkannt;
2. Aus dem gleichen Grund ist eine **Hinterziehung** der Steuer schwieriger als bei den meisten anderen Steuerarten und auf alle Fälle teurer als die Steuer selbst;
3. Die elektronischen Plattformen ermöglichen auch die Zuordnung jeder Transaktion zu Käufer und Verkäufer und damit eine transparente und faire **Verteilung** der Einnahmen;
4. Die FTT ist **keine Belastung der Realwirtschaft**, sondern nützt dieser sogar, weil durch mehr Stabilität die Kosten für Absicherung (*Hedging*) sinken;
5. Die Steuer **trifft hochspekulative Geschäftsmodelle** institutioneller Investoren, die mit Margen im Bereich von bis zu einem Basispunkt (0,01 Prozent) und darunter arbeiten, d.h. vor allem den computergestützten Hochgeschwindigkeitshandel im Nanosekundentakt und **nicht Sparer und Kleinanleger**, wie die Bundesregierung bereits plausibel dargelegt hat;
6. Der Zahlungsverkehr und das normale Kreditgeschäft werden von der Steuer nicht erfasst;
7. Mit der geplanten EU-Direktive zum Derivatehandel, die eine zentrale Clearingstelle und ein Handelsregister vorsieht, können auch außerbörsliche Transaktionen (*Over the Counter*) erfasst werden, womit eine **Umgehung durch Derivate** verhindert wird;
8. Die negativen **Erfahrungen Schwedens** mit einer Transaktionssteuer waren, wie der IWF in der o.g. Studie darlegt, Resultat einer mangelhaften Ausgestaltung.

Eine globale Einführung der FTT wäre wünschenswert. Globale Vereinbarungen (nicht nur auf diesem Politikfeld) sind aber in vernünftigen Zeiträumen nicht möglich. **Wer für eine globale FTT plädiert, will in Wirklichkeit die Steuer verhindern.** Daher ist zunächst eine **regionale Implementierung** in der EU, der Eurozone oder durch eine „*Koalition der Willigen*“ anzustreben. Sie generiert immer noch beträchtliche Einnahmen, und erzielt auch eine Lenkungswirkung. Eine nachteilige Wettbewerbsverzerrung entsteht dadurch nicht. Im Gegenteil, die stabilitätsfördernde Lenkungswirkung und die Einnahmen durch die FTT ergeben einen **Standortvorteil**.

Zudem wird durch die Vorreiterrolle ein Nachahmungseffekt hervorgerufen.

Wir begrüßen und unterstützen daher die Pläne der Bundesregierung, eine solche Steuer auf alle Klassen von Finanzvermögen – Aktien, Anleihen, Derivate und Devisen – einzuführen.

Allerdings halten wir einen Steuersatz von 0,01% für zu niedrig und schlagen 0,05% vor. Zwar wird auch ein Steuersatz von 0,01% noch die Spekulation vor allem im Hochgeschwindigkeitshandel bis zu einem gewissen Grad noch dämpfen, es gibt aber keinen Grund, den institutionellen Spekulanten auf diese Weise zu Gefallen zu sein. Sie sind in hohem Maße für die Krise mitverantwortlich. Während der Bevölkerung die finanziellen Lasten der Krise aufgebürdet werden, macht die Finanzindustrie in- zwischen wieder kräftig Gewinne und schüttet fette Boni aus. Das ist nicht nur ethisch und politisch problematisch, sondern setzt ökonomisch Fehlanreize (*Moral Hazard Problem*).

Hinzu kommt, dass angesichts des Hinüberwachsens der Finanzkrise in eine Krise der Staatsfinanzen und angesichts der spekulativen Attacken gegen Länder der Eurozone:

- a. der Finanzbedarf der öffentlichen Hand dramatisch ansteigt,
- b. ein Zeichen gegen die Spekulation gesetzt werden muss.

Denn es reicht nicht, nur defensiv durch Rettungsschirme und Insolvenzregelungen sich vor dem demokratisch durch nichts legitimierten Diktat der Finanzmärkte ducken zu wollen. Man muss an die Wurzel des Übels, nämlich die Spekulation als zentrales Geschäftsmodell der Finanzindustrie zurückdrängen. Immer noch treiben die Märkte die Regierungen Europas vor sich her. Diese Aushöhlung unserer Demokratie muss gestoppt werden. Die Politik muss wieder das Sagen über die Finanzmärkte bekommen. Dem Finanzsektor muss eine dienende Rolle für die Realwirtschaft und nachhaltige Entwicklung zugewiesen werden.

Die Einführung der FTT allein wird dazu nicht ausreichen, aber sie könnte der Einstieg in die notwendige Trendwende sein.